



GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN STRUKTURWANDEL.

Strukturwandel in 60 Sekunden...

Droht die Deindustrialisierung?

Die gute Nachricht vorweg: Industriestandorte lassen sich nicht von heute auf morgen verlagern. Dennoch lässt sich vermutlich schon jetzt eine Tendenz zu Deindustrialisierung ablesen: So ist Anfang Januar der Gashersteller Linde aus dem Deutschen Aktienindex ausgestiegen und will sich künftig auf den nordamerikanischen Kapitalmarkt konzentrieren. Der Spezialchemiekonzern Lanxess will nur noch an ausländischen Standorten in neue Anlagen investieren. Und Pharmahersteller Bayer verlagert seinen Fokus in die USA und nach China.

Die Beispiele zeigen, was sich an Branchenumfragen ablesen lässt: Der Standort Deutschland wird möglicherweise für die Industrie unattraktiver. 37 Prozent der Unternehmen haben Teile ihrer Lieferketten bereits ins benachbarte Ausland verlegt, 29 Prozent planen dies zu tun. 40 Prozent haben Investitionen in den grünen Umbau ihrer Produktion zurückgestellt. Dabei werden die deutsche Energiepolitik, hohe Rohstoffpreise und die Inflation als die Faktoren mit den größten Auswirkungen auf die Lieferketten benannt. Es ist also kein Zufall, dass es die energieintensiven Unternehmen der Chemie-, Stahl-, Papier-, Glas-, Elektronik-, Metall- und der

Baustoffindustrie sind, die unter der aktuellen Energiepreisentwicklung am meisten leiden. Sie zahlen derzeit fünfmal mehr für Strom als in den USA und siebenmal mehr für Gas.

Doch im Kern geht es um mehr als die anhaltend hohen Energiepreise: Die Arbeitgeberseite beklagt nämlich auch, dass Deutschland „investitionsunfreundlich“ und „überreguliert“ sei. Ein offenkundiger Widerspruch: Denn viele Unternehmen legen den Fokus ihrer Produktion auf die USA und China, **weil** die Regierungen dort eine aktive Industriepolitik betreiben. So fördert China mit Subventionen Unternehmensansiedlungen. Und die USA haben mit dem *Inflation Reduction Act* ein Programm beschlossen, das Investitionen von mindestens 400 Milliarden Dollar in den klimaneutralen Industrieumbau vorsieht.

Um die drohende Deindustrialisierung zu verhindern, bedarf es also nicht weniger Regulierung, sondern mehr. Die Bundesregierung muss hierzulande mit einem Industriestrompreis lenkend eingreifen, den grünen Industrieumbau fördern und die Beschäftigten daran beteiligen. Das wäre wirksame politische Steuerung.

DGB Projekt Revierwende

Revierbüro Bedburg

Adolf-Silverberg-Straße 17

50181 Bedburg

bedburg@revierwende.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



EIN PROJEKT DER GFAAJ

Gemeinnützige Gesellschaft des
Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung
von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und
der Jugend mbH